

# Vettweißer Bürgerbrief

[spdov-vettweiss.de](http://spdov-vettweiss.de)

Nr. 122  
September 2017  
Auflage: 5000 Stück



## Ein Tag in Vettweiß

Dietmar Nietan ist niemand der nur in Berlin vom Schreibtisch aus regiert und die Probleme der Menschen vor Ort lediglich abgehoben aus der Ferne wahrnimmt. Er will wissen was die Menschen denken, wo der Schuh drückt, welche Themen man im Bundestag schnellstmöglich ändern muss um etwas für die Bürger zu verbessern. So kennen die Mitglieder der SPD Vettweiß ihren Abgeordneten. Deshalb hatten sie dem Bundestagskandidaten am 31.08.17 einen strammen Tagesablauf quer durch die Gemeinde Vettweiß präsentiert.



Dietmar Nietan mit den Vertretern des Ortsvereins und der Feuerwehr vor Löschfahrzeug „Willi“.

Zu Beginn machte man Halt im Kindergarten Tummelkiste in Disternich. Dort führte die Einrichtungsleitung durch die zweigruppige Kindertageseinrichtung, worauf ein Gespräch mit der Kita-Leitung, der Geschäftsführerin und dem

Vorstandsvorsitzenden der AWO Kreis Düren folgte. Damit auch die Kinder



Diskussion bei einer Tasse Kaffee. Mit der Kita-Leiterin und der AWO Geschäftsführung.

etwas von dem Besuch hatten, las der Kandidat ihnen aus einem von den Erzieherinnen ausgesuchten Buch vor.

Offenbar kam die Geschichte gut an, wurde sie doch von den jungen Zuhörern als „megastark“ bezeichnet.

Der nächste Programmpunkt führte die SPD Vettweiß und ihren Kandidaten zur Freiwilligen Feuerwehr Vettweiß. Stefan Uhde (stellv. Wehrleiter) und Karl Josef Zimmermann (Löschgruppenführer) erklärten Dietmar Nietan, dass die Löschgruppe Vettweiß eine der größten der Gemeinde sei. Man habe auch kürzlich neue Mitglieder gewinnen können. Als zentral gelegene und große Löschgruppe beherbergt man auch das größte und modernste Fahrzeug der Flotte (genannt Willi) in Vettweiß. Als problematisch wird die Tagesverfügbarkeit gesehen, da viele Mitglieder nicht in Vettweiß arbeiten und daher am Tag keine Einsätze fahren können. Außerdem



wäre es wünschenswert wenn der bürokratische Aufwand für grundlegendes Ausrüstungsmaterial gesenkt werden könnte. Dietmar Nietan bedankte sich ausdrücklich bei den Vertretern der Feuerwehr für ihren Einsatz und den ihrer Kameraden.



Löschgruppenführer Karl-Josef Zimmermann erklärt die Ausstattung des Fahrzeugs

Im Anschluss stand dann die Mittagspause im gut besuchten Kesselhaus in Vettweiß auf dem Programm. Die S&C GmbH bietet nicht nur den Mittagstisch im Kesselhaus an, sondern beliefert auch Kitas, Schulen, Senioren-

einrichtungen und Firmen mit Essen. Nach der Mittagspause besuchte der Ortsverein mit dem Kandidaten die Firma CompositionX, deren Geschäftsführer Arnd Lemhöfer die Tätigkeitsfelder der Firma darstellte. CompositionX vertreibt Entschärfungstechnik, und bietet Schulungen und Beratung zur Entschärfung von sprengbaren Materialien an.

Am Nachmittag besuchte die SPD den aus dem Irak stammenden Flüchtling Ibrahim Hafredh und seinen ehrenamtlichen Helfer Heiko Pohl. Obwohl Ibrahim sehr gut integriert ist und sich sogar bereits

ehrenamtlich in der Ferienfreizeit der Gemeinde engagiert hat, soll er nun abgeschoben werden. Da er im Irak aus religiösen Gründen Repressionen und Verfolgung befürchten muss, haben seine Freunde in den



Linda Hawig und Ulrike Symma-Hawig vom Kesselhaus im Gespräch mit Dietmar Nietan.



Vettweißer Vereinen, ebenso wie die SPD Vettweiß zugesichert, sich für ihn einzusetzen.

Der nächste Punkt im Tagesprogramm führte den Bundestagskandidaten nach Müddersheim, wo sich eine Elterninitiative bemüht, eine sinnvolle Nutzung für das ehemals als Grundschule genutzte Gebäude

zu finden. Den Anwohnern schwebt als Nutzung für das sehr ruhig gelegene Gebäude ein Kindergarten, oder Generationentreffpunkt vor, der allerdings an der Ratsmehrheit der CDU in der Gemeinde scheitern könnte, die in dem Zusammenhang bereits einen Abriss des Gebäudes nicht ausschließt. Zum Ende des Besuchsprogramms in der Gemeinde Vettweiß stand dann noch ein persönlicher Wunsch des Abgeordneten auf dem Programm. Einmal, so Dietmar Nietans Bitte, würde er die Gladbacher Festhalle, die er sonst jedes Jahr zur Karnevalssitzung besucht, gern ungeschmückt, im „Normalzustand“ sehen. Vertreter der Gladbacher Dorfvereine nahmen sich freundlicherweise die Zeit, dem Bundestagskandidaten, die von den Vereinen finanzierte Festhalle zu zeigen und gaben ihm einige Anliegen ihrer Vereine mit auf den



Weg. Noch viel größer als auf den Karnevalssitzungen wirke die Festhalle in leerem Zustand stellte Dietmar Nietan fest und bedankte sich bei den Vereinsmitgliedern dafür den Besuch ermöglicht zu haben.

Nach einem langen Tag nahm der Angeordnete viele Anregungen und Eindrücke aus der Gemeinde mit, die er in

seinen politischen Entscheidungen in Berlin berücksichtigen will. Schließlich mache er Politik nicht zum Selbstzweck, sondern für die Menschen in seinem Wahlkreis, bekräftigte Dietmar Nietan bevor er sich von seinen SPD Kollegen im Ortsverein Vettweiß verabschiedete. (AK)



### **Mehr Sicherheit in Jakobwüllesheim**

Nach jahrelanger Intervention unseres Ratsmitglieds Angelika Binkis, die sich hartnäckig für die Entschärfung der Gefahrenstelle am Ortseingang von Jakobwüllesheim eingesetzt hatte, soll nun dort eine Verkehrsinsel eingerichtet werden. Die Umsetzung wird nach Prüfung der Messergebnisse aus 2013! nun endlich angegangen und könnte bereits im September erfolgen. (AK)

### **„Was mir am Herzen liegt....“**

titelte der OV Ginnick letztes in einer Bürgerinfo, die er im Ort verteilte. Er führte aus: „ Erneut wird hier der Versuch gestartet in pauschaler Form alle aktiven Landwirte für die Thematik Nitratbelastung des Grundwassers verantwortlich zu machen. ...“. Seit Monaten geistern durch die regionale und überregionale Presse Schlagzeilen wie „Hoher Nitratwert: Steigen Preise Für Trinkwasser?“ (DZ, 08.08.17); Nachbessern Düngemittelverordnung (DüV) zwingend erforderlich (Hauptthema Gelsenwasser 05/17), mit der die Landwirte gem. DZ vom 04.04.17 jedoch zufrieden sind. Fragt man den Wasserleitungszweckverband der Neffeltalgemeinden, hört man, dass dringendst Taten erforderlich sind, die Nitrateinbringung zu verringern. Bereits jetzt muss unser Trinkwasser verschnitten werden...was muss denn passieren, dass wir unser Trinkwasser noch bezahlbar sauber halten können, unser bislang sauberstes und bestgeprüftes Lebensmittel? Hier ist Verantwortung gefragt, auch von unserer neuen Landtagsabgeordneten und Vorsitzenden im Umweltausschuss NRW, Frau Patricia Peill, MdL.

Es geht nicht gegen die Landwirte, es geht um unsere Gesundheit! Hierzu ist auch dem CDU-Flyer zur letzten Bürgermeisterwahl das Versprechen unseres Bürgermeisters zu entnehmen:

*„Landwirtschaft und Umweltschutz – Die Stärkung unserer Landwirtschaft, verbunden mit dem erforderlichen Respekt vor Natur und Umwelt, ist für mich wesentlicher Baustein zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen in unserer Gemeinde“.*

Dann lassen Sie uns handeln, gemeinsam in den Ausschüssen, im Rat, in der Landesregierung – letztlich auch im Bund. (JüRu)

## **Transparenz und Zuverlässigkeit**

Im Kandidatenflyer zur Bürgermeisterwahl 2015 gibt unser Bürgermeister Joachim Kunth als Fazit an: „Von Josef Kranz habe ich gelernt, die vielen guten Themen, Ideen und Ratsbeschlüsse so in die Verwaltungsarbeit zu übernehmen, dass möglichst viel beim Bürger ankommt.“

Nach nunmehr zwei Jahren ist immer verstärkter festzustellen, dass die Verwaltung immer mehr Vorlagen nach eigenem Gusto erarbeitet, vorlegt, die dann auch mit Bürgermeister und CDU-Mehrheit in den Ausschüssen und im Rat durchgedrückt werden. Von wegen, gute Themen, Ideen übernehmen.

- Straßenreparaturmaßnahmen werden nach Klientel entschieden („hat das Geld zur Zeit nicht flüssig und müsste es aus dem Betrieb nehmen“).
- Bordsteinabsenkung in einem speziellen Bereich werden blockiert. (Dort sind Schulkinder gefährdet; tatsächlich geht kein Schulkind vorbei).
- Einrichtung Parkverbot in einem ganzen Straßenzug ohne Beteiligung der Anwohner, die - nach nun erfolgter Anordnung des Straßenverkehrsamts - Probleme haben, ihr eigenes Fahrzeug in der Nähe ihres Hauses zu parken.
- Schaffung neuer Baugrundstücke für einen - durchaus bundesweit agierenden - Investor, wo zurzeit keine ausgewiesen sind. Na ja, wenn eben jetzt nicht, dann mit der Erstellung des anstehenden neuen Flächennutzungsplanes – die jetzigen Anwohner werden dann eben später zur Kasse gebeten, wenn es um die Anpassung der örtlichen Infrastruktur geht. Themen, Ideen, die in die Ratsgremien eingebracht werden – gehen auch manchmal sehr schnell unter, wenn sie denn diskutiert werden. (JüRu)

## **Wenn alle Bürger, die vom Wahlprogramm der SPD profitieren, die SPD auch wählen würden, hätten wir die absolute Mehrheit!**

Am 25.06.2017 hat die SPD auf einem Bundesparteitag ihr 88 seitiges Wahlprogramm vorgestellt.

**Martin Schulz hat nun hieraus zehn Ziele für ein modernes Deutschland**

der Zukunft herausgearbeitet, die hier in Kurzform dargestellt werden.

### **1.) Vorfahrt für Zukunftsinvestitionen:**

In eine bessere Infrastruktur, Energiewende, Glasfaserkabel, Forschung, Schienen, Straßen und Brücken, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen, insbesondere aber in kostenfreie Kitas, Schulen und Hochschulen muss investiert werden.

### **2.) Innovationsallianz für die deutsche Industrie:**

Hierzu sollen ein Digitalisierungsfond aufgelegt, Innovationsprojekte gefördert und eine flächendeckende Gigabit-Infrastruktur auch dort aufgebaut werden, wo private Investitionen leider nicht ausreichend getätigt werden, was insbesondere Mittelstand und Handwerk zugutekommen und unterstützen wird.



### **3.) Arbeiten und Leben in der digitalisierten Gesellschaft.**

Bis 2025 soll in Deutschland eine der modernsten digitalen Infrastrukturen entstehen, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Auch der Staat wird digital in einem Deutschlandportal, in welchem in den nächsten fünf Jahren alle staatlichen Prozesse und Dienstleistungen für Privatleute wie Unternehmer verfügbar sind. Hierzu bedarf es einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Bund, Ländern, Kommunen und Sozialversicherungsträgern, damit dies von der Kita- Schul- und Gewerbeanmeldung über die Kfz-Zulassung, Beantragung von Wohngeld, Renten-und Pflegeleistungen, sowie Baugenehmigungen bis hin zur Steuererklärung möglich wird. Dies muss durch eine Stabstelle im Kanzleramt koordiniert werden, wobei sicherzustellen ist, dass das Internet kein rechtsfreier Raum wird und für Arbeitnehmer das Prinzip „flexibel aber selbstbestimmt“ erhalten bleibt.

#### **4.) Zusammenhalt und Vielfalt in der offenen Gesellschaft:**

Ein Aktionsprogramm für gleichwertige Lebensbedingungen soll nach Auslaufen des Solidarpaktes in ganz Deutschland durch die Förderung strukturschwacher Gebiete die Infrastruktur fördern und sichern, um überall gleichwertig gute Lebensbedingungen zu schaffen. Integration muss als zentrale Aufgabe vorangebracht werden.

#### **5.) Gute Arbeit und ein fairer Generationenvertrag:**

Ein Pakt für anständige Löhne soll Tariffucht verhindern und erleichtern, dass Tarifverträge allgemeinverbindlich werden. Die sachgrundlose Befristung der Arbeitsverhältnisse soll abgeschafft werden. Bei der Leiharbeit soll gleicher Lohn für gleiche Arbeit gezahlt werden und die Einhaltung des Mindestlohns soll effektiv kontrolliert werden, um in den nächsten vier Jahren die Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen um ein Drittel zu verringern und die Anzahl der Minijobs zu halbieren und die Mehrheit dieser Menschen in sichere und besser entlohnte Arbeit zu bringen. Wir wollen bessere Arbeitsmarktchancen durch einen gesetzlichen Anspruch auf Qualifizierung nach drei Monaten Arbeitslosigkeit, ein Chancenkonto für Weiterbildung und weitere Qualifizierung auch erwerbstätiger Arbeitnehmer, gleiche Höhe der Versicherungsbeiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmern und die Sicherung des Rentenniveaus bei mindestens 48 Prozent bis 2030 ohne weitere Erhöhung der Beiträge oder des Renteneintrittsalters.

#### **6.) Familien entlasten, Gleichberechtigung von Frauen und Männern voranbringen:**

Die Gleichberechtigung der Frauen in der Privatwirtschaft -Lohngleichheit und Aufstiegschancen- muss verbessert werden. Einführung eines gesetzlichen Rückkehrrechts von Teil- auf Vollzeitarbeit nach familienbedingter Reduzierung der Arbeitszeit. Über drei Milliarden Euro sind dafür vorgesehen, die Kita-Gebühren abzuschaffen und einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung zu schaffen. Ziel ist es mindestens 300.000 zusätzliche Kitaplätze und mehr als 500.000 Ganztagsschulplätze zu schaffen. Familienarbeitszeit und Familiengeld ermöglichen mehr Zeit für die Familie. Für pflegende Angehörige gilt dies ebenfalls mit einer bis zu dreimonatigen Freistellung und Lohnersatzleistungen analog dem Elterngeld. Zudem sollen Bau oder Erwerb von Wohneigentum durch ein Familienbaugeld erleichtert werden.

#### **7.) Eine Bildungsoffensive starten:**

Angestrebt wird eine Nationale Bildungsallianz von Bund, Ländern und Kommunen, für welche der Bund in der nächsten Wahlperiode rund 12 Mrd. Euro bereitstellt, insofern ein Ende des Kooperationsverbots angestrebt wird.

Bildung soll insgesamt gebührenfrei von der Kita bis zur Uni oder zum Meisterbrief sein. Die Vorteile der beruflichen und akademischen Bildung sollen durch mehr Durchlässigkeit miteinander verknüpft werden. Die nationale Bildungsallianz soll modern sanierte und hervorragend ausgestattete Schulen mit der nötigen digitalen Infrastruktur, garantieren. Garantiert werden sollen auch Ganztagsplätze, zusätzliche Lehrkräfte, schulische Sozialarbeit und mittelfristig die Gleichwertigkeit der Schulabschlüsse in verschiedenen Ländern, damit länderübergreifende Schulwechsel einfacher werden.

### **8.) Europa besser machen:**

Bis spätestens 2019 –zeitgleich zum Abschluss der Brexit-Verhandlungen– muss ein Fundament für eine gestärkte, gegen Krisen besser gewappnete Wirtschafts- und Währungsunion stehen. Wir wollen einen Investitionshaushalt der Eurozone, der nationale Zukunftsstrategien aus Reformen und Investitionen unterstützen kann, und auch den Krisenländern wieder Investitionen in Wachstum ermöglicht. Der ruinöse Steuerwettbewerb zwischen den EU-Staaten muss gestoppt werden und der Binnenmarkt muss stärker an soziale Regeln und Mindeststandards gebunden werden. Das Parlament der EU muss weiter gestärkt werden, um das Demokratiedefizit der EU zu beseitigen und die EU-Kommission zu einer von Parlament demokratisch gewählten Regierung weiter zu entwickeln.

### **9.) Für eine solidarische Flüchtlingspolitik in Europa sorgen:**

Wir brauchen einen Solidaritätspakt in Europa, wobei auch wir bereit sein müssen nach Ausscheiden des Vereinigten Königreiches finanziell mehr beizutragen, allerdings unsere Partnerstaaten durch klare Regelungen auch zu stärkerer Solidarität verpflichtet werden und, wenn sie diese verweigern, finanzielle Nachteile in Kauf nehmen müssen.

### **10.) Zu mehr Frieden in der Welt beitragen:**

Durch eine Europäische Verteidigungsunion, größere Kooperation in der Rüstungsbeschaffung und eine restriktive Rüstungspolitik kann Europa zum Frieden in der Welt beitragen. Auch Klimaschutz ist hierbei Friedenspolitik, wenn wir hierdurch einer weiteren Verschärfung der Verteilungskonflikte in Afrika und Südasien entgegenwirken, welche ansonsten wieder neue und größere Flüchtlingsbewegungen verursachen werden. (W.Kü.)

